

Palestinian Refugees and the Two-State Solution. Findings and recommendations of an expert round table discussion, ed. by the Palestine-Israel Journal. PIJ Policy Paper No. 3. Jerusalem, December 2009, 28 pp.¹

In der Nachfolge der Monatszeitschrift „New Outlook“ unter der Leitung von Simha Flapan (gest. 1987) und David Shaham, die nach der Prinzipienerklärung von 1993 ihr Erscheinen einstellte, weil sie die Dynamik für die Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts für unwiderstehlich hielt, ist später das „Palestine-Israel Journal (PIJ)“ getreten, das sich der Verständigung beider Völker verpflichtet fühlt. In dieser Tradition veranstalten die PIJ-Herausgeber Ziad AbuZayyad und Hillel Schenker regelmäßig öffentliche Veranstaltungen und geschlossene Round-Table-Gespräche. Zu letzteren gehörte Mitte Oktober 2009 eine kompakte Diskussion zum palästinensischen Flüchtlingsproblem. Die Beteiligten formulierten als Vorgabe drei Prinzipien.

- Das entscheidende Problem ist die Staatenlosigkeit der Flüchtlinge, womit die Autoren das Fehlen eines eigenen unabhängigen und souveränen Staates meinen. Deshalb muss das „Recht auf Rückkehr“ vollständig im Zuge der Zwei-Staaten-Lösung durchgesetzt werden. Wenn diese erreicht ist, haben die Flüchtlinge die Wahl zwischen der Einwanderung in den Staat Palästina oder in ein Drittland.
- Das Flüchtlingsproblem ist vor allem eine nationale politische Aufgabe mit einer außerordentlichen humanitären Dimension.
- Die Anerkennung und die Achtung des Unrechts in der Vergangenheit ist der erste Schritt auf dem Weg zur Versöhnung.

Aus den drei Prinzipien haben die Mitwirkenden neun Empfehlungen abgeleitet, die sich wie folgt zusammenfassen lassen:

1. Aus der Anerkennung palästinensischer Rechte sollte eine realistische Kompromissformel entwickelt werden. Bisher haben sich die israelisch-

¹ Die Broschüre kann bezogen werden über die Redaktion des „Palestine-Israel Journal“ PO Box 19839, Jerusalem, oder via www.pij@pij.org.

palästinensischen Verhandlungen um derer Zahl gestritten, die von einer Rückkehr Gebrauch machen könnten – und sind gescheitert. An die Stelle des Feilschens muss die Konsequenz treten, dass Gerechtigkeit für die eine Seite nicht notwendig auf Kosten der anderen Partei gehen darf.

2. Das Flüchtlingsproblem bedarf einer multilateralen Lösung. Dazu sind nicht nur Palästinenser und Israelis, sondern auch westliche Akteure und Staaten in der Region aufgerufen, ihrer historischen Verantwortung gerecht zu werden. Damit gehen die Autoren über Ansätze hinaus, wie sie zuletzt Ilan Pappé in seinem Buch „Die ethnische Säuberung Palästinas“ formuliert hat.
3. Eine endgültige Vereinbarung sollte einem Referendum durch das palästinensische Volk vor Ort und in der Diaspora unterliegen, das von der PLO als einziger legitimer Vertretung organisiert wird. Im Zuge der Vereinbarung sollten die Flüchtlinge selbst in den Prozess einbezogen werden. Manche israelische Autoren, so wird berichtet, haben die Befürchtung geäußert, dass ein Referendum in Israel kontraproduktiv aufgenommen werden könnte.
4. Der Prozess der tatsächlichen Rückkehr bedarf des langen Atems und sollte in Phasen organisiert werden, um Staus und Chaos im Rahmen der Eingliederung und Rehabilitation zu vermeiden. Auch hier sollten die rückkehrwilligen Flüchtlinge einbezogen werden.
5. Die internationale Gemeinschaft einschließlich der einflussreichen Mitglieder jüdischer Gemeinden in aller Welt sollten Israel helfen, wenn es um die Nuancierung des jüdischen Charakters des Staates und um die erklärten Erwartungen an die PLO geht, den jüdischen Charakter anzuerkennen, damit sich keine „Alles oder nichts“-Situation entwickelt. Dabei könnte es hilfreich sein, dass Israel sich zur „nationalen Heimat des jüdischen Volkes“ erklärt, um die mehrdeutige Formel „jüdischer Staat“ zu vermeiden.
6. Eine die Öffentlichkeit einbeziehende Diplomatie und öffentliche Kampagnen sollten darauf angelegt sein, in beide Gesellschaften frischen Wind zu bringen. Dazu gehört das Bemühen, die Ängste und

Sorgen in Israel ernst zu nehmen. Gegenüber den Palästinensern ist darauf hinzuweisen, dass eine Lösung des Konflikts im Rahmen des Zwei-Staaten-Paradigmas erfolgt.

7. Die Bindung der Entschädigung für palästinensische Flüchtlinge an die materielle Entschädigung jüdischer Flüchtlinge aus arabischen Ländern scheint auf den ersten Blick von Vorteil zu sein, erweist sich jedoch als die Herstellung einer falschen Symmetrie und erhöht die Komplexität des Problems. Mithin verwahren sich die Autoren frühzeitig gegen eine Entscheidung wie die in der Knesset vom 05. März 2010, die von den arabischen Herkunftsländern angemessene Kompensationen für die jüdischen Flüchtlinge verlangt hat.
8. Die Lösung des Flüchtlingsproblems ist umfassend von der Gestalt und von den Konturen des palästinensischen Staates und seiner Beziehungen zu Israel abhängig. Dieser Bezug gilt für die Öffnung der Grenzen, das Ausmaß der Freiheit des Durchgangsverkehrs, der Besuchserlaubnis und des Zugangs zu den heiligen Stätten sowie für die Natur von Wohnrecht und Staatsbürgerschaft.
9. Die Mitwirkenden zeigten sich abschließend darin einig, dass die Lösung des Flüchtlingsproblems in die Forderungen beider Seiten bei der endgültigen Regelung des Konflikts eingebettet sein muss, wozu Regelungen für Jerusalem, die Grenzen, auf Gegenseitigkeit beruhende Sicherheitsbelange und anderes mehr gehören.

Unter den Mitwirkungen am „Round Table“ sind in Deutschland besonders Yair Hirschfeld (ehemals führend bei den Geheimgesprächen, die zur Prinzipienklärung führten, und später zum israelischen Team der „Genfer Initiative“ gehörig) sowie die Palästinenser Sam’an Khoury (zum palästinensischen Team der „Genfer Initiative“ gehörig), Walid Salem (Leiter des „Center for Democracy & Community Development, Jerusalem) sowie Khalil Shikaki (Leiter des „Center for Policy and Survey Research, Ramallah) bekannt.

Ergänzt worden sind die Empfehlungen durch hilfreiche Informationen und Einschätzungen

- zur Verteilung der Flüchtlinge und ihrem jeweiligen Status in Jordanien, im Libanon, in Syrien sowie in der Westbank und im Gazastreifen;
- zur Klärung des Begriffs und der Bedeutung des „Rechts auf Rückkehr“;
- zum palästinensischen Recht auf nationale Selbstbestimmung;
- zum Recht auf materielle Entschädigung;
- zur Alternative zwischen Rückkehr und Integration in den Ländern, in denen die Flüchtlinge gegenwärtig wohnen im Anschluss an die „Clinton-Parameter“ vom Dezember 2000;
- zur Interdependenz zwischen der israelischen Bereitschaft, Flüchtlinge aufzunehmen, und der Anerkennung des jüdischen Charakters Israels (nicht also der Anerkennung Israels als jüdischen Staat!) und
- zu einer nachhaltigen Versöhnung im Rahmen eines Schlussvertrages; zur Frage, wer die Flüchtlinge vertritt bzw. vertreten sollte.

Will man ein Fazit aus dem Papier ziehen, so fällt auf, dass Empfehlungen zum Flüchtlingsproblem politisch seit langem vorliegen und es sich hier um eine Sichtung und Auswertung handelt. Zum anderen listet es in seinem dreiteiligen Prinzipienkatalog keine Verpflichtungen Israels auf, eine wie auch immer große Zahl von Flüchtlingen aufzunehmen. Wie schwierig die Umsetzung von Empfehlungen wie diesen bleibt, hat noch einmal die erweiterte Fassung der israelisch-palästinensischen „Genfer Initiative“ vom Spätsommer 2009 gezeigt. Dort ist darauf hingewiesen worden, dass die umfangreichen Ausführungen in der Ursprungsfassung vom Herbst 2003 der weiteren Klärung technischer Aspekte bedürfen. Um wie viel schwieriger fällt es den Regierenden und der Öffentlichkeit hier wie dort, sich auf einen dauerhaften Ausgleich zu verständigen und diesen allseits zu akzeptieren.

Reiner Bernstein

06.03.2010